

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

41 (10.2.1900) II. Beilage

# II. Beilage zu Nr. 41 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Februar 1900.

## Die Flottengesetz-Novelle vor dem Reichstag.

### Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 8. Februar.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt. Am Bundesratsbühnen: Graf Rodzowski, Tirpitz, Graf Sclow, Hr. v. Bismarck, v. Gebl, v. U. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Flottengesetz.

Staatssekretär Tirpitz: Zur Begründung der Schaffung einer stärkeren Flotte für Deutschland haben die historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre eine so deutliche Sprache geredet und so auffallend gewirkt, daß die Notwendigkeit der Verstärkung in allen Kreisen unseres Vaterlandes anerkannt worden ist. Die Flottengegner und Flottenfreunde unterscheiden sich bei uns nur wesentlich darin, daß die Aufstiege aneinandergeraten über den Umfang und das Tempo der Verstärkung und über die Form, in der sie erfolgen soll.

Die Gründe für die Verstärkung lassen sich in wenig Worte zusammenfassen. Der Abstand zwischen der maritimen Stärke unseres Landes und derjenigen einzelner fremder Länder ist so groß, daß die Verkündeten Regierungen darin eine erhebliche Gefahr erblicken, und zwar ist diese Gefahr um so größer, als die wirtschaftliche Konkurrenz jener Länder nach menschlichem Ermessen in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen wird. Wenn man die Frage einer Verstärkung der Marine voll wägt, so muß man sich zunächst klar darüber werden, daß sich Kriegsmarinen nicht improvisieren lassen, sondern daß ihre Herstellung vieler Jahre bedarf. Es ist klar, daß sie sich am allerwichtigsten im Voraus zu planen und zu beschließen haben. Die Herstellung einer Kriegsmarine ist eine schwierige Aufgabe in vielfachen Beziehungen, vor allem auch in der Materialfrage. Die Schiffe selbst sind nicht aus der Erde stampfen. Dazu gehören große Werftenanlagen und Hafeneinrichtungen, die eine lange sorgfältige Arbeit im Frieden nötig machen. Wenn man daher die Frage vollständig übersehen will, so darf man nicht nur die augenblickliche Weltlage, in der das Vaterland sich zur Zeit befindet, berücksichtigen, sondern man wird auch die voraussichtliche Entwicklung zukünftiger Beziehungen im Auge fassen müssen. — Ist nun sich über die Frage der Verstärkung an sich klar, so handelt es sich weiter darum, in welcher Richtung man denn mit dieser Verstärkung vorzugehen habe. Ich habe früher schon dem Hause erklärt, daß wir nicht wissen können, gegen welchen Gegner unsere Flotte einsetzt in den Kampf zu gehen haben wird. Der gefährlichste Kriegesfall wird für Deutschland der sein, wenn wir die Kräfte unserer Armee nicht verwenden können. Nach dem Ausbruch eines solchen Krieges müßte uns ausschließlich eine starke Schiffsflotte helfen. Nicht die Thatsache des Bestehens einer starken Schiffsflotte ist es, was uns den Krieg zu verhindern, so würde die Schiffsflotte uns ermöglichen, die Lebensdauer unserer Weltwirtschaft nach den Küsten wenigstens offen zu halten. Man hat vielfach eingewandt, wir sollten die Richtung der Entwicklung unserer Flotte nicht in der Schiffsflotte suchen, sondern in der Entwicklung unserer Kreuzer-Marine. Die Herren, die dafür plädieren, denken nicht an die gegenwärtige Lage unserer Küsten, an der Nordsee, wo sie einen Winkel bilden, und an der Ostsee, wo sie ein Binnengewässer umschließen. Wenn es den Kreuzern auch wirklich gelingt, die feindlichen Flotten zu passieren, so fragt es sich doch, wie werden sie sich verhalten, wenn sie auf den Dardanellen hinstürzen, wo das eigentliche Gebiet ihrer Tätigkeit liegt. Wie sollen sie dort die Feinde besetzen und wie sollen sie Kohlen an Bord nehmen? Wenn sie die Feinde besetzen wollen mit eigener Mannschaft, so werden sie bald auf sich selbst und die Feinde werden voraussichtlich nie den Hafen erreichen. Kohlen an Bord zu nehmen, würde ihnen fast ganz unmöglich sein, weil wir keinen Stützpunkt besitzen. Und was geschieht während dieser Zeit mit unseren Küsten? Der Feind würde sie mit Leichtigkeit blockieren, unsere Seeverkehr abschneiden und unsere Weltwirtschaft auf das schwerste schädigen können. Entweder wir dagegen unsere Flotte nach der Richtung der Schiffsflotte, so wird der Feind, ehe er zur Blockade oder gar direkt zum Angriff auf unsere Küsten schreitet, die Flotte eisen niederkämpfen müssen, und je stärker die Flotte ist, um so schwerer und gefährlicher wird das für ihn selbst werden. Er wird vor der Frage gestellt sein, ob denn das Geschäft die Kosten, das heißt das Risiko auch wirklich lohnt, und er wird sich voraussichtlich mit uns arrangieren. Grundsätzlich ist eine Schiffsflotte der beste Schutz, den wir unserm Handel angeben können. Man darf sich auf diesem Gebiete keinen Illusionen hingeben. Wenn wir einmal in einem Kriege sind, so würde es eine mißliche Sache sein, wenn unsere Handelsflotte draußen auf dem Weltmeere ungeschützt bliebe. In dieser Hinsicht ist eine starke Schiffsflotte nicht nur das Beste, sondern das einzige Schutzmittel für unseren Weltverkehr, das es giebt.

Ich komme nun zu der Vorlage selbst. Ihr Inhalt deckt sich mit den Erklärungen, die seitens der Regierungen in der ersten Etatsberatung abgegeben worden sind. Der Entwurf lehnt sich an das letzte Flottengesetz an. (Bismarck) Er erweitert den Selbstbestand und als Konsequenz die Zulassungsart. Von dem jetzigen Flottengesetz bleiben bestehen der Erlassparagraf, die Grundzüge, auf denen die Personalstärke sich aufbaut, und das Verbot, im Falle der Einnahmen des Reichs nicht zu übertreten, den Mehrbedarf durch den Massenverbrauch belastende Steuern zu decken. Der Schiffsparagraf des alten Gesetzes in Betreff der Beschaffung der erforderlichen Mittel ist zwar gegenstandslos geworden, er hat aber auch formalen Gehalten nicht geschlichen werden können, denn erstens bezieht er sich nur auf das Gesetz, nicht auf die Novelle, und zweitens enthält die Novelle keine gesetzliche Verpflichtung zur Bewilligung bestimmter Subventionen. Ich glaube damit das Verhältnis der Novelle zu dem Gesetz ausreichend gekennzeichnet zu haben (Lachen links). Was die materielle Seite der Vorlage betrifft, so werden die Herren schon aus der Begründung erinnerung haben, daß es sich im Wesentlichen darum handelt, eine zweite Schiffsflotte neben die erste zu legen. Die beiden Schiffsflotten sind von einander ebenso unabhängig wie etwa zwei Armeekorps. Zu sich ist jede Schiffsflotte vollständig gleichmäßig gealtert und organisiert. Bezüglich der Anzahl der Schiffe, aus denen sich die Schiffsflotten zusammensetzen, ist die Höchstzahl genommen, die nach unseren Erfahrungen von einer Stelle aus und von einer Person geleitet werden kann. Insofern stellt jede Flotte ein Maximum an Kraft dar, sie stellt aber zugleich auch das Minimum dessen dar, was für den Führer notwendig ist, um, wenn er seine höchste Kraft einsetzt, in den Status der Selbstständigkeit zu gelangen. Demgemäß kann es sich bei einer Verstärkung unserer Marine nur um eine Verdoppelung handeln. — Es wird jetzt nur noch zu sehen sein, ob denn diese Verdoppelung, die dem Hause

vorgeschlagen wird, ausreicht (Bewegung), ob dadurch insbesondere diejenigen Gefahren beseitigt oder doch ausreichend vermindert werden, welche im Flottengesetz von 1898 noch keine ausreichende Berücksichtigung erfahren haben. Da dieser Nachweis eine Verzichtung der verschiedenen Marinearten nötig macht und auch nicht ohne Erörterung von Operationsfragen geführt werden kann, so behalte ich ihn mir für die Beratungen in der Budgetkommission vor. — Die Notwendigkeit der Vermeidung der Auslandsschiffe wird ja im Allgemeinen anerkannt. Ein abgemessener Nachweis, wie er bei der Schiffsflotte geführt ist, läßt sich hier nicht geben. Da es aber für die Ausführung des Planes von sehr großer Wichtigkeit ist, mit bestimmten Zahlen zu rechnen, so sind auch die Zahlen der Auslandsschiffe angegeben worden, und zwar ist sowohl eine Vermehrung der großen Kreuzer vorgesehen worden, wie auch eine Vermehrung der kleinen Kreuzer um die Hälfte. Besondere Rücksicht hat auf die Kreuzer genommen werden müssen, für deren Herstellung ein Zeitraum von sechzehn Jahren erforderlich ist. Die Festlegung sämtlicher Neubauten wird voraus gesprochen. Die aufzunehmende Anzahl wird sich für diese vierzehn Jahre im Ganzen auf 800 Millionen belaufen. Das ergibt einen Jahresdurchschnitt von 40 Millionen, zufällig dieselbe Zahl, die in dem jetzt vorliegenden Etat pro 1900 für Marinezwecke vorgesehen ist. Besonders ist es auf Widerpruch gestoßen, daß die Kosten der Novelle durch Anleihen ausgenutzt werden sollen. Ich glaube, man hat dabei ganz vergessen, daß man, so lange unsere Marine besteht, die Mittel der Neubauten nicht durch Anleihen aufgebracht hat. Es scheint mir daher nicht richtig, in dem Augenblick, wo eine solche beträchtliche Vermehrung der Flotte stattfinden soll, mit diesem Prinzip zu brechen. Bezüglich der Bedeckung wird der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers Ihnen die näheren Mitteilungen machen. Hinsichtlich der geschätzten Festlegung der Verstärkung der Flotte ist eine eingehende Beratung sowohl nach der administrativen als auch nach der politischen Seite hin der Vorlage beigegeben, so daß ich mich nicht dazu zu äußern brauche. Die Verstärkung der Flotte, wie sie die Vorlage festsetzt, wird ganz erhebliche Ansprüche an die Aufnahmefähigkeit und Entschlüsselungsfähigkeit der Marine stellen. Aber nachdem einmal ein festes Ziel statuiert ist, werden die Schwierigkeiten, die in der Ausführung selbst liegen, geringer sein, als bei der Unklarheit des von der Hand in den Mund Redens. Auch der einzelne Mensch muß, wenn er etwas Großes erreichen will, ein festes Ziel im Auge fassen und unentwegt verfolgen.

Die verschiedenen Regierungen, durchdrungen von der Notwendigkeit dieser Flottenvermehrung, wie sie in der Vorlage zum Ausdruck kommt, haben sich verpflichtet gefühlt, schon zwei Jahre nach dem Ausbruch eines kriegerischen Konflikts die Flotte zu vergrößern, wie sie mit einer neuen Generation an Sie heranträte. Ich hoffe, daß die Herren sich davon überzeugen werden, daß diese Verstärkung notwendig war und daß der dafür gewählte Zeitpunkt der richtige ist. (Beifall links und rechts.)

Hr. Dr. Schäfer (Chr.): Der Staatssekretär hat seinen Vortrag mit den Worten eingeleitet, daß bezüglich der Notwendigkeit einer starken Flotte keine Meinungsverschiedenheit besteht und daß die Aufstiege über die Zahl der Schiffe und über das Tempo auseinandergehen. Auch wir halten eine starke Flotte für notwendig, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, daß unsere Flotte auf dem Lande liegt (Sehr richtig im Centrum). Wir dürfen auch nicht außer Acht lassen die Leistungsfähigkeit unserer Flotte, und wir müssen immer daran denken, daß wir nicht alle Feinde zugleich die Spitze bieten und demgemäß nicht, wie die Herren zu handeln, auch die Herren zur See sein können, sondern daß auf diesem Gebiet unserer Diplomatie ein weites und großes Feld offen steht, von dem wir nur wünschen können, daß unser auswärtiges Amt und deren Helfer es in der besten fruchtbarsten Weise bebauen wie bisher. (Beifall im Centrum) Gewiß hat der Staatssekretär damit Recht, daß man keine Flotte improvisieren kann, aber eben deshalb müssen wir ruhig überlegen, wie wir dieselbe bauen sollen. Wir haben den Vorteil für uns, daß wir auf dem Feld der Flotte stehen, auf einem Plane, den die verschiedenen Regierungen selbst vor zwei Jahren als völlig genügend und ausreichend bezeichnet haben. (Sehr richtig im Chr. und links). Der Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Regierungen sich sehr von der Notwendigkeit der neuen Vorlage überzeugt sind, daß sie trotz der Vorlage von vor zwei Jahren schon jetzt damit an das Haus kommen. Der Staatssekretär hat von den verschiedenen Regierungen gesprochen, es wäre dem gegenüber vermessen, überhaupt die Frage zu stellen, ob denn alle verkündeten Regierungen dieser Anschauung gewesen sind. Wohl aber scheint es so, als ob bezüglich des Zeitpunktes der Einbringung der Vorlage die Einigkeit der verkündeten Regierungen noch nicht sehr alten Datums sei. Denn als nach dem 18. Oktober 1899, nach der Bekanntgabe und viel besprochenen Rede in Hamburg, die auch im Reichsanzeiger" abgedruckt ist (Heiterkeit), verschiedentlich eine gewisse Unklarheit, von wem ausgeht und mit welchen Mitteln unterhalten, bräunt hier nicht untersucht zu werden — ausübende zur Begründung und Verstärkung unserer Flotte, da jedoch die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung": "Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Marine-Etat für das Jahr 1900 abgeklafft und hält sich im Rahmen des Flottengesetzes. Für das Etatsjahr 1900 ist eine Novelle zum Flottengesetz nicht in Aussicht genommen." (Hört, hört! links und im Centrum.) Die "Norddeutsche Allgemeine Ztg." kennt sich sonst so ziemlich gut aus, und sie fährt auch, wenn es zweckmäßig erscheint, was in höheren Regionen vorgeht. Man muß sie entweder schlecht unterrichtet gewesen sein, oder aber es war die Frucht noch nicht reif, oder aber man dachte noch nicht an einen weiteren Ausbau, oder aber die verkündeten Regierungen waren sich noch nicht klar über die Notwendigkeit, oder aber die Dredge war noch nicht eingelaufen. (Heiterkeit.) Ueber die vertraulichen Besprechungen des Staatssekretärs mit verschiedenen Substantien im vorigen Sommer will ich hier nicht reden. Hier haben wir es mit der vorliegenden Novelle zu thun. Noch im Januar 1899 hatte der Staatssekretär in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben: "Da eben in der Kommission der Wunsch nach einer Erklärung der verkündeten Regierungen noch einmal an mich herantritt, so erlaube ich ausdrücklich, daß an keiner Stelle in irgend einer Weise die Ansicht hervorgerufen ist, einen großen Flottenplan vorzulegen, daß im Gegenteil bei allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht besteht, das Flottengesetz anzuhalten und die darin vorgesehene Limitierung inne zu halten." (Hört, hört!) Um dieselbe Zeit hat der Staatssekretär weiter erklärt: "Wenn wir eine Flotte haben werden, die dieser Stärke entspricht, dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offenbar an unseren Küsten vorgehen selbst eine Seemacht ersten Ranges dreimal sich bedenten würde." (Hört, hört!) Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Waagschale werfen kann. Sie schaffen vom militärischen Standpunkt aus für die Stellung Deutschlands im europäischen Konzert einen Maßfaktor. — 1904 angehebt

haben wird, eine quantité négligeable zu sein." Und heute diese Novelle, die nichts mehr und nichts weniger inauguriert als die Schaffung der Weltflotte als Unterlage der Weltpolitik durch Verdoppelung unserer Flotte und Bindung auf fast 2 Dezennien hinaus! Und das während der Dauer des Sezennials und vertreten von dem nämlichen Staatssekretär im Marineamt, der sich bei der Beratung der letzten Vorlage geäußert hat: "Ja, binden sich denn die verkündeten Regierungen nicht auch?"

Nach all den feierlichen Versicherungen im Herbst 1898 und im Februar 1899 hätte man doch erwarten können, daß wenigstens bis zum Ablauf des Sezennials an der getroffenen Vereinbarung festgehalten werden würde. Gurus des Staatssekretärs Tirpitz. Der Staatssekretär sagt, ich solle die Fortsetzung seiner Rede lesen. Ich thue das. Es heißt da: "Es ist nicht erforderlich, daß, wenn man eine andere Flotte schaffen wollte, die verkündeten Regierungen und die Marineverwaltung zu einem ganz neuen Gesetz den Beweis liefern müßten, daß diese Grundlage für die Flotte falsch, und daß eine neue Grundlage erforderlich ist" (Hört, hört!) Hier handelt es sich aber nicht um eine neue Grundlage, sondern nach den offiziellen Ausdrücken um eine neue Novelle. (Heiterkeit.) Bei der Bewilligung von 1898 war der Gedanke für uns mitbestimmend, daß nach Aufnahme derselben auf diesem Gebiete Ruhe geschaffen sei, wenigstens für die nächsten sechs Jahre. (Zustimmung im Centrum.) Es wurde ausdrücklich von uns betont, und gerade deshalb ist es angebracht, darüber zu diskutieren, was der Staatssekretär selbst als distinktes bezeichnet hat. Die Novelle liegt vor nach bereits zwei Jahren und an der betreffenden Vereinbarung ist nicht festgehalten worden. Nun möchte ich einmal den umgekehrten Fall setzen: Was hätte es wohl für eine Enttäuschung gegeben, wenn umgekehrt der Reichstag eine Erhöhung der im Gesetz von 1898 vorgesehenen Ausgaben verlangt hätte? (Sehe gut! links und im Centrum.) Ich beneide den Staatssekretär nicht um die Vertretung einer Vorlage, die seine früheren Versicherungen so gründlich desavouiert, wie diese. Gewiß ist das ein Beweis des Muthes und des Opfermutes (Heiterkeit links), aber der Staatssekretär wird es auch sehr begreiflich finden, daß man seinen Ausführungen jetzt mit doppeltem Mißtrauen gegenübersteht (sehr richtig im Centrum und links), nachdem der Tirpitz von vor zwei Jahren durch den Tirpitz von heute so gründlich desavouiert worden ist. (Sehr richtig.) Vor zwei Jahren versicherte man uns, es handle sich um einen Abschluß, man sei zu diesem Abschluß gekommen, die Regierung habe die Summe ihres Wissens, ihrer Erfahrungen und ihres Könnens seit zehn Jahren zusammengefaßt und in der damaligen Vorlage und dem Extrakt davon gegeben. Nun, heute ist das, was vor zwei Jahren Mißtrauen war, nur noch eine ganz kleine Leistung, die ganz gründlich fortgeräumt werden muß! Ja, muß denn da nicht sofort der Gedanke entstehen, daß das, was heute schon einer Korrektur unterzogen wird, nach abwärts zwei Jahren einer noch gründlicheren Korrektur unterzogen werden muß? Daß freilich der Staatssekretär Tirpitz dann nochmal seine beneidenswerte Rolle übernehmen wird, das glaube ich nicht. Auf dieser Wandlung der Anschauung in den bescheidensten Kreisen ergibt sich aber von selbst, daß wir mit größter Vorsicht einer neuen Vorlage gegenüberzutreten, zumal einer solchen, wie sie sich aus dem Entwurf ergibt. Es sind drei ganz niedliche Paragraphen. In ihnen ist nur das Ziel enthalten, die Flotte zu verdoppeln. Bezüglich der Kosten sind wir auf die Motive verwiesen. Wie steht es mit dem Limitierungsparagrafen, wie mit dem § 8 des jetzigen Gesetzes, der bestimmt, daß, wenn in einem Etatsjahre die Ausgaben 117 Millionen übersteigen und die eigenen Einnahmen des Reichs zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, diese nicht durch Vermehrung oder Erhöhung der indirekten, den Massenverbrauch betreffenden Steuern gedeckt werden dürfen? Wie nun, wenn die Ausgaben darüber hinausgehen, wie wenn die eigenen Einnahmen des Reichs nicht mehr ausreichen? Darüber steht in der Vorlage nichts. Es sind das eben Fragen, die einer Aufklärung bedürfen. Der Staatssekretär hat schon angedeutet, daß er über einzelne Fragen nähere Aufklärung zu geben bereit sei, in der Budgetkommission, er hat damit einen Weg angedeutet, gegen den meine Freunde durchaus nichts haben. Die Vorlage bedarf einer gründlichen Prüfung.

Daß die Begründung reichlich und abschöpfend ausgefallen sei, kann man nicht sagen. Besonders Recht findet sich darin nicht. Wenn man sie liest, kann man auf den Gedanken kommen, daß sie nicht bloß auf eine Verdoppelung der Flotte eingerichtet ist, sondern auch für eine Verdreifachung ausreichen würde. Da darf man sich auch nicht wundern — der Appetit kommt ja bekanntlich mit dem Essen — daß der Privatdozent Dr. von Wenzersberg über die Vorlage hinaus wiederum sofort eine neue Flotte verlangt, wobei er allerdings trotz der vielen Flottenverträge, die im deutschen Reich gehalten werden sind und werden mit einem kühnen Eifer, dem deutschen Volke das Kompliment macht, daß es wohlwollend beizulegen in Deutschland nicht viel mehr als 200 bis 300 Männer gibt, welche die Notwendigkeit einer noch weiteren Flottenvermehrung einsehen. (Heiterkeit.) Es gewinnt fast den Anschein, als ob die wahren Motive der Vorlage zu suchen sind in dem, was ein früherer Staatssekretär Hellmann ausgesprochen hat, der in der Budgetkommission sagte: "Wir wollen hinaus auf die hohe See, wir wollen den Feind aufreiben in seinen eigenen Gewässern." (Sehr gut! bei den R.D.) Die Herren sagen "Sehr gut." Sie dürfen aber nicht bloß die eine Seite berücksichtigen, denn nicht nur darum handelt es sich, sondern auch noch um etwas mehr. Demgegenüber muß ich sagen: Solchen Kurs können wir nicht steuern. Wir wollen den Schutz unseres Seehandels und unserer Kolonien, wir wollen keinen Sprunghaften, sondern einen ruhigen Ausbau der Flotte, der aber auch Schritt hält mit der Entwicklung unserer Verhältnisse und mit unserer Leistungsfähigkeit. (Beifall im Centrum.) Das war auch der Grund, aus dem der größte Theil meiner Freunde dem Gesetz von 1898 zugestimmt hat. Was hat sich denn im Laufe dieser letzten zwei Jahre so Besondere ereignet? Wir haben uns darüber ja bereits unterhalten in der Generaldebatte im Dezember, es ist also nicht mehr notwendig darauf zurückzukommen. Auch der Ausschussung des Seehandels verleiht nicht eine solche Flotte. Dafür fehlt uns jeglicher Anhalt, und schon deshalb verlangen meine Freunde die eingehendste und sorgfältigste Prüfung in der Kommission, ehe sie sich endgültig entscheiden.

Wir stehen, um die Worte des Mannes zu gebrauchen, den wir schmerzlich vermissen und für dessen Wiedergewinnung seine Freunde die heißesten Wünsche zum Himmel senden, des Mannes, der so schmerzhaft leidet, des Abg. Dr. Lieder, wir stehen vor einem völligen Umsturz des Flottengesetzes von 1898. Diesen Umsturz können wir nicht mitmachen, und ich darf deshalb im Namen meines Freundes erklären: Wir sind für das Gesetz in der Form und dem Umfang, wie es uns hier vorliegt, nicht zu haben. (Zustimmung im Centrum.) Die Wasserpatrioten draußen und die Kathedronaristen (Heiterkeit) würden ja wohl zum Theil ebenso freudig der Vorlage zustimmen, wenn es sich um 200 Ge-

Amador handelte, als wenn es sich nur um zwei handelt. Das wissen wir ja bereits und darüber hat auch Herr Schweinburg etwas geplaudert, daß es einem Teil derselben auch darauf ankommt, ihren Patriotismus umzumünzen (Sehr gut links und im Centrum). In Wirklichkeit ist der Zuwachs, den die Flotte durch die Vorlage erhalten soll, ein ganz enormer, gar nicht vergessbar mit dem vom Jahre 1898. Im Jahre 1898 betrug die Vermehrung 7 Linienschiffe und 9 Kreuzer. Die Kosten beliefen sich auf 202 800 000 Mk.; diesmal werden gefordert 19 Linienschiffe und 23 Kreuzer, die Kosten betragen 801 Millionen über das Geleth vom Jahre 1898 hinaus. Vor zwei Jahren enthielt der Flottenplan etwa 8000 Mann Vermehrung an Mannschaften und Offizieren, der neueste Plan verlangt weitere 30 000, das ist eine Gesamtvermehrung von 17 000 Mann im Jahre 1897 auf 55 000 Mann im Jahre 1920. (Bdrt, Bdrt) Die Jahresausgaben steigen von jetzt 133 Millionen auf 341 Millionen im Beharrungsstand. Das zeigt am besten den Umfang der jehigen Vorlage. Und selbst wenn die beabsichtigte Steigerung erreicht wird — sind wir dann vollständig gerüstet und gewappnet oder werden nicht andere Länder auch das Ahrige thun und, da es sich bei ihnen unter Umständen um ihre Existenz handelt, das Letzte daran setzen und zu einer weiteren, viel stärkeren Vermehrung ihrer Flotte schreiten, der wir nicht nachkommen können? (Sehr gut im Str. und links.)

Ueber die Aufbringung der Kosten verlangen wir noch nähere Auskunft. Geld ist reich da; die Schuldentilgung ist schon von 50 auf 13 Millionen gesunken, nächstes Jahr wird kaum mehr etwas da sein, um Schulden zu tilgen. Die Reichsrenten sind nicht im Steigen, sondern im Sinken begriffen, die Einnahmen aus den Zöllen allein sind seit dem 1. April 1899 um 14 Millionen zurückgegangen, und wenn nicht alles trägt, ist die schone Zeit der Heberische dahin, und wir stehen vor einem Defizit. Die Vorlage nimmt es freilich mit der Deckungsfrage sehr leicht. Es sollen vorläufig 769 Millionen Einnahmen gemacht werden. U. wenn die erwarteten Mehreinnahmen ausbleiben — was dann? Dann wird nicht übrig bleiben, als noch weitere Schulden zu machen. In Anleihen in solcher Höhe zu greifen, erscheint doch nicht unangenehm. Bewußt haben wir auch früher zu Anleihen gegriffen, aber dabei handelte es sich doch um solche Anleihen, wie jetzt. Vollständig handelt es sich um einen großen Millionenpump. Aber es ist Pflicht auch des höchsten Gemeinwells, bei so großartigen Ausgaben für die Deckung vorher zu sorgen. (Sehr richtig im Centrum.) Am besten wäre es, derartige Bedürfnisse aus laufenden Einnahmen zu bestreiten, wir sind, wie bereits der Abgeordnete Dr. Vierer ausführt, nicht bereit, die ganzen 800 Millionen durch Anleihen zu decken. Wer das Geleth will, der muß auch die Mittel wachen und die neuen Steuern bewilligen, um die Vorlage ausführen zu können. Die Deckungsfrage, um die die Regierung so elegant herumgeht, ist gerade die Hauptfrage, sie muß erst gelöst werden, ehe man sich auf Weiteres einläßt. (Zustimmung im Str.) Denn darüber dürfen wir uns keinen Zweifel hingeben, daß das neue Geleth unannehmlich ist ohne Bewilligung von mindestens 100 bis 120 Millionen neuer Anleihen. Neue Anleihen aber, wer soll sie tragen? Die neuen Steuern müssen die Interessenten tragen und die leistungsfähigen Schulktern. (Sehr richtig im Centrum und links.) Diese müssen Gelegenheit erhalten, ihren Patriotismus auch praktisch zu betätigen, und sich nicht etwa zu drücken oder gar einzelmeln zu lassen. Nach Allem, was man draussen beobachtet, scheinen sie sich ziemlich danach. (Sehr richtig im Centrum.) Die arme Kontinentaler, der Arbeiter, der von seinem kirchlichen Kolne leben muß, darf nicht zu den Ausgaben für derartige Projekte herangezogen werden. Es wäre das ein bitteres Unrecht. Die Landwirtschaft hat schon genug zu leiden, auch ohne das Geleth, das ihr wiederum Tausende von Arbeitskräften entzieht. (Sehr wahr!) Das gilt auch gegenüber den Kriegen, wie sie nicht zu Unrecht vergeblich sind, aber die immer größer werdende Weltmacht, bezüglich der Deckungsfrage sind verschiedene Bedürfnisse gerichtet worden. Man spricht von einer Reichsberufshilfssteuer. Ich begreife, daß Bedauern die Finanzminister der Einzelstaaten etwas in Sorge und um ihre heimischen Budgets. Allerdings wäre diese Sorge besser früher gekommen, dann wäre die Vorlage wohl nicht so spät und nett, wie es geschehen ist, und die neuen Steuern hätten früher kommen können. Weiter sind andere Reichssteuern gemacht: Biersteuer, Tabaksteuer n. s. w. Auch die Monopol-Weinerei erscheint wieder auf dem Tapet. (Seiterkeit.) Ich habe keinen Grund, weiter darauf einzugehen. Ich sage nur: So lange die Deckungsfrage nicht gelöst ist, ist an eine Behandlung dieser Projekte nicht zu denken. Und zwar muß diese Frage gelöst werden — auch da spreche ich wieder im Namen meiner Freunde, insbesondere auch derjenigen, die der Flottenfrage freundlich gegenüberstehen — indem die leistungsfähigen Schulktern herangezogen und die schwachen entlastet werden. (Zustimmung im Centrum.) Ich betone das um so mehr Angesichts der bekannten, vom Herrenkonse am 28. April 1898 angenommenen Resolution Mirbach, die sich dagegen erklärt, daß der Reichstag sich künftig gegen die Aufbringung der für solche Zwecke notwendigen Mittel durch indirekte Steuern festsetzt. Nach dieser Resolution sollen wir also auch im gegebenen Fall nicht auf direkte Steuern zurückgreifen, sondern auf indirekte, also die Masse der Bevölkerung belastende, die Reichs schenende Steuern. Dieser Resolution gegenüber mache ich besonders darauf aufmerksam, daß, wenn irgendeine eine Hoffnung bestehen soll, etwas zu erreichen, gleichzeitig positiv die Deckungsfrage gelöst sein muß, oder nicht im Sinne der Resolution Mirbach. (Zustimmung im Centrum.)

Diese Bedenken rechtfertigen sicherlich die Ahrerweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Wir wissen sehr wohl, daß auch jetzt wieder ein Hagel von Geschossen auf uns niederkommt, wir wundern uns darüber nicht, denn die Flottenvergrößerung löst sich nicht eindämmen. Wir wundern uns auch nicht, wenn die alten Kadenhüter wieder herbeigeholt werden von einem Mangel an Besständigkeit, von einem Mangel an Vaterlandsliebe. Das sind uns nicht an. Wir sind daran gewöhnt, wir kennen unsere Pflicht gegen unser Vaterland und gegen unser Volk. Wir wollen eine ernsthafte, gründliche, reifliche Prüfung der Frage. Wir stehen vor einer der schwierigsten und weittragendsten Fragen in politischer, volkswirtschaftlicher und finanzieller Beziehung. Man hat auch bereits das Geleth der Reichstagsaufstellung erscheinen lassen. Gespenster sind nicht fürchtbar bei Tage, die Aufklärung fürchten wir nicht. (Zustimmung im Nationalliberalen: Na, na!) Wir können ja die Probe darauf machen und dann wollen wir sehen, ob Ihr „na na!“ noch so freisind klingt. Wir sind nicht Gegner einer Flotte; wir wissen, was wir der deutschen Flagge zu verdanken haben. Aber nicht allein darum handelt es sich, sondern auch darum, was wir zu leisten im Stande sind. Wir haben einen Weltkrieg, das ist unsere Pflicht, wir haben auch in dieser Frage nur ein Ziel, das ist das Wohl des Ganzen. (Beifall im Centrum.)

Hg. Dr. v. Levetzow (Soul.): Die Vorlage ist gewissermaßen eine Resolution mit einem daran angefügten Programm; eigentlich haben wir es gar nicht mit einem Geleth zu thun. Ob alle verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, darauf kommt es nicht an, wir sind auch nicht immer einig. Wenn wir auch immer eine kontinentale Macht bleiben, so müssen wir doch eine starke Flotte haben. Eine Flotte, wie sie die großen Seemächte haben, verlangen wir allerdings nicht, ebensowenig wollen wir eine kriegshafte Vermehrung. Ich komme aus einem armen Lande und weiß, wie schwer jede Wort Steuer dem kleinen Mann fällt. Ich gehe deshalb nicht leichtens Herens an diese Vorlage heran. Ich gebe denn wir sind in großen vaterländischen Fragen nur die finanziellen Bedenken berücksichtigen, wären wir nicht so weit gekommen, wie wir jetzt sind. Vereitelte aber hilft mir aber die finanzielle Bedenken hinweg. Einmal wollen wir unter allen Umständen die Nachsichtung des Vaterlandes aufrecht erhalten. Dann müssen wir unsere Angehörigen in fremden Ländern schützen und auch unsere Kolonien. Auch unsere Handlungsfähigkeit wird vermehrt, wenn wir unsere Flotte verstärken. (Sehr wahr! rechts.) Die Vorlage enthält nur ein Programm, das jedes Jahr vom

Reichstag oder von den Regierungen geändert werden kann. Bei jeder Etatberatung können wir beschließen, ob wir die Ausgaben für die Marine verringern oder erhöhen wollen. Deshalb will ich die Deckungsfrage jetzt nicht weiter berühren. (Rechts links.) Oder halten Sie es für zweckmäßig, jetzt schon für zehn Jahre Steuern zu bewilligen? Nein, Steuern muß man nur im Augenblick des Bedarfs bewilligen. Aber die Deckungsfrage in den Vordergrund stellt, der beschwert damit die Vorlage. (Sehr richtig links, große Heiterkeit.) Wenn wir nur zum Zwecke unseres Handels und unserer Industrie eine starke Flotte bewilligen, so dürfen wir doch nicht vergessen, welche Bedeutung eine prosperierende Landwirtschaft hat. (Sehr richtig rechts.) Leider befindet sich die Landwirtschaft in einer gewissen Gefahr. Alle Bestrebungen in meiner Partei erstreben die Hebung der Landwirtschaft, aber auch die Hebung von Handel und Industrie. Es mag aufschlüssig erscheinen, daß die Marine schon jetzt mit einer Veränderung des Gelethes von 1898 kommt. Aber dies kann meine Freunde nicht abhalten, das zu bewilligen, was sie für gut halten. Die ganze Frage hat ja nur eine formale Bedeutung. Die Regierung hat die Vereinbarung von 1898 doch nicht gebrochen, sie fragt doch nur den Reichstag, ob er das Geleth ändern will. (Seiterkeit.) Grundsätzlich haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahren verändert, unter Seebandel hat bedeutend zugenommen und in anderen Ländern ist der Imperialisismus sehr stark geworden. Meine Freunde haben in ihrer allergrößten Mehrheit der Vorlage sympathisch gegenüber und sind mit der Überweisung an die Budgetkommission einverstanden. (Beifall rechts, links links.)

Hg. Frohne (Soul.): In keiner Frage noch hat ein so großer Wechsel der Ansichten der Regierungen stattgefunden, wie in der Flottenfrage. Bald sind Vanger, bald Kreuzer, bald Torpedos das Wichtigste. Dann wieder wird gesagt, daß der Nordsee-Kanal allein eine Flotte wert ist, und bald heißt es, der Nordsee-Kanal nütze nichts, wir bedürften einer neuen Kanalstraße. Die Marineausgaben sind beständig gestiegen, dazu kommt noch die fessliche Steigerung des Militärbudgets. Der größte Umschwung in den Meinungen der Öffentlichkeit ist 1896, da ließ es auf einmal, Deutschland sei ein Weltreich geworden, unsere überflüssigen Interessen müßten weit mehr als sonst geschützt werden. Bei der letzten Flottenverlaue wurde uns gesagt, die verbündeten Regierungen schickten einen Gesandten, um die neue Vorlage ganz auszuwählen. Dann aber legte die Thätigkeit der Flottenopposition ein. Aus einer plötzlichen Einziehung heraus ist diese Vorlage nicht hervorgegangen. Nein, offen sei es gesagt, schon 1898 haben die verbündeten Regierungen die bewusste Absicht gehabt, die Konsequenzen weiter zu ziehen. Unsere Flottenopposition ist sehr heftig. Die Regierungen berufen sich häufig auf den Willen eines Monarchen, sie sind byzantinisch, was Majestät wohl geht ihnen über ihre eigene Überzeugung, sie wollen sich nur bei Hofe lieb machen. Es ist gerade so, wie das ist: Ihr Bundesfürst, der Reichstag, Ihr alle seid nichts, nur das gilt, was der Kaiser will. Sie wollen also, daß wir etwas zu sagen haben, nach der Verfassung nur dazu bestimmt ist, den Willen des Reichstags anzuführen. Vor zwei Jahren hat der Reichstag die Vorlage des Gelethes angenommen, so lassen Sie Deutschland eine Flotte, gegen die offenbar vorzugehen hat selbst eine Flotte ersten Ranges. (Sehr richtig rechts.) Und heute? Heute gab uns der Reichstag eine förmliche Erklärung einer Seefahrt und sagte es so klar, als ob wir in kurzer Zeit schon einen Weltkrieg hätten. Wenn irgend wo im Ausland irgend einem Lande ein Unrecht geschieht, dann will man immer ein Kriegsschiff dahin schicken. Aber von dem Unrecht, das dem armen Manne in Deutschland selbst geschieht, davon redet keiner, dafür hat man keinen Kreuzer und keine Entschädigung übrig. Die Vorlage will ganz sicher neue Steuern wagen und zwar werden es wieder indirekte Steuern sein, die eine neue Belastung der armen Mannes bedeuten. All die schönen Phrasen von der Befreiung der starken Schulktern bedeuten gar nichts, wenn es an die Praxis geht. Die am meisten begeistert für die Flotte sind, die haben ein materielles Interesse daran, die wollen sich daran bereichern, die lassen aber wollen sie wieder auf die Armen abwälzen. Die Weltmachtspolitik bringt dem Frieden die größten Gefahren und zwar werden es wieder die Armen sein, die den größten Schaden davon haben. Die Ehre des deutschen Namens wird nicht durch solche Politik, sondern durch ethische Arbeit im Ausland geschützt. Meine Freunde werden daher die Vorlage entschieden ablehnen. Setzt es zu einer Aufspaltung kommen, so ist meine Partei die letzte, die das bedauern würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Wassermann (nl.): Herr Hg. Schäfer, der Vertreter der größten, ansehlichen Partei, hat in seiner Rede einige allgemeine Sätze gebraucht, die dahingehen, auch wir wollen eine starke Flotte. Die können auch wir unterschreiben. Weiter sagte er aus, unsere Stärke beruht in erster Reihe auf dem Kontinente. Auch diesen Satz unterschreiben wir. Auch wir wünschen nicht, daß wegen der Marine, Interesse eine Verschärfung der Interessen unserer Kontinente eintritt. Dazu sagte er noch, wir wollen, daß bei diesem Willen Rücksicht genommen wird auf die Verhältnissmäßigkeit der Besoldung. Das wollen wir auch, darin sind wir vollkommen mit ihm einig. Das, soweit neue Stellen erwachsen, möglichst genommen wird, daß die schwächeren Schulktern nicht getroffen werden. Dies gilt besonders von Konsumartikeln, die auf die breiten Massen entfallen. Wenn Herr Dr. Schäfer aber sagt, die Regierung verlangt von uns, daß wir eine Flotte schaffen, die der Flotte der größten Seemächte gleich ist, so kann ich diesen Satz nicht unterschreiben. Der Ausbau des Flottengelethes von 1898, den diese Vorlage darstellt, ist herausgewachsen aus der Aufgabe der Entwicklung unserer maritimen Interessen und nicht getragen von der Tendenz, auch unterseits eine Flotte zu schaffen, die der größten Flotte der anderen Staaten gleich ist. Herr Schäfer sagte dann, er hätte geheißen, daß nach Verabreichung des Gelethes von 1898 mehr Ruhe eintreten würde, und daß wir wenigstens für die Dauer des Seeyenats mit weiteren Forderungen verholden blieben. Diese Ruhe konnte aber schon aus dem Grunde nicht eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Mittel, die durch das Geleth von 1898 zur Verfügung gestellt waren, nicht ausreichen, um die Flotte in dem Umfang der Vorlage heranzustellen.

Ich habe in den Ausführungen des Herrn Schäfer und nicht minder in denen des Herrn Frohne ganz die Würdigung der großen handels- und sozialpolitischen Gesichtspunkte vermisst, von denen die Regierung bei dieser Vorlage ausgegangen ist, die großen Gesichtspunkte für unseren Handel, unsere Industrie, für die Aufrechterhaltung unseres Exportes eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es war nicht zu erwarten, daß heute bei der ersten Beratung dieses Gelethes eine Entscheidung, oder auch nur eine Klärung der Sachlage stattfände. Wir wählten im Voraus, daß die Sozialdemokraten, die freilich und die süd-deutsche Volkspartei, jedes Geleth, das eine Bindung enthält, ablehnen würden. Wir wählten, daß die Rechte bereit sei, sich einer Stärkung der Flotte einzutreten, und wir wählten ferner, daß die Entscheidung beim Centrum liegt, und daß heute eine Erklärung abgegeben würde, die in keiner Weise eine Bindung enthält, weder in Hinsicht auf die Bewilligung des Gelethes, noch hinsichtlich der Deckungsfrage. Die Ausführungen des Herrn Schäfer klangen nicht gerade entgegenkommend. Zusammen sind die Fraktionen nicht abgebrochen worden. Aus seinen Ausführungen war doch das Eine heraus zu hören: dies Geleth wollen wir nicht, aber vielleicht ein anderes, eine Umgestaltung desselben, unter Berücksichtigung einer positiven Lösung der Deckungsfrage. Wir werden abwarten, was die Budgetkommission, an die das Geleth ja unbedingt verwiesen werden muß, arbeiten wird, und wir werden abwarten, ob wir dann nicht vielleicht das Centrum Worte hören, die wesentlich freundlicher klingen als die heutigen.

Der Hg. Frohne hat es heute so dargestellt, als ob die ganze Stimmung für die Flotte nur hervorgerufen sei aus der Sucht byzantinischer Persönlichkeiten, aus ihrem Bestreben, sich nach oben über den Kopf zu machen. Mein, meine Herren, so liegt die Sache nicht. Es kann ja ohne Weiteres eingeräumt werden, daß gelegentlich solcher Vorlagen immer manche Menschen antreten, die von dem Wunsche besetzt sind, sich selber in den Vordergrund zu stellen, aber im Allgemeinen handelt es sich doch um ein großes öffentliches Interesse, das sich bei solchen Vorlagen fühlbar macht in weiten Kreisen des Bürgerthums nicht nur, sondern auch in den Kreisen der Arbeiter. (Rechts bei den Sozialdemokraten.) Sonst, auch in den Arbeiterkreisen, und die Gefühle, die zum Ausdruck gelangen, erwachen auch recht wichtigen Interessen. Wohl, auch in den Arbeiterkreisen, und die Gefühle, die zum Ausdruck gelangen, erwachen auch recht wichtigen Interessen. Wohl, auch in den Arbeiterkreisen, und die Gefühle, die zum Ausdruck gelangen, erwachen auch recht wichtigen Interessen.

Es ist in der Stadtberatung und auch heute in retrospektiven Auseinandersetzungen die Frage aufgeworfen worden, wie es denn möglich sei, daß, nachdem erst im Jahre 1898 die Bewilligung auf sechs Jahre erfolgt sei, man heute schon also nach zwei Jahren — mit einem neuen Flottengeleth kommen können. Man hat gesagt: Wie kann überhaupt der Staatssekretär nach seinen früheren Erklärungen die jehige Vorlage vertreten? Nun, meine Herren, man könnte ja sagen: Es ist richtig, die Verhältnisse haben sich seit 1898 nicht geändert, es hätte schon 1898 den Regierungen klar sein müssen, welche ein mächtiges Rängen der großen Mächte um die außländischen Weltmärkte mit sich brachte, und daß die harte Konkurrenz, der wir hierbei von England, Frankreich, Japan und Amerika ausgeht sind, die Entfaltung größerer, nützlicher Mittel von uns aus schon damals hätte im Gefolge haben müssen, wenn sie heute notwendig ist. Wenn das richtig ist, wenn die Verhältnisse damals schon so lagen, dann könnte man, meine ich, wohl den Schluß daraus ziehen, daß dann damals allerdings zu wenig gefordert worden ist (sehr richtig) — und im Lande hat es denn auch in der That manche Leute gegeben, welche die Vorlage von 1898 nicht für ausreichend erachteten und welche bedauerten, daß nicht mehr gefordert worden war. (Sehr richtig!) Es kommt aber auch eine Reihe neuer Gesichtspunkte in Frage. Zunächst der eine, daß im Verlaufe des Verhältnisses für die Notwendigkeit der Flottenvermehrung, hervorgerufen durch äußere Verhältnisse, gewachsen ist. Niemand kann es leugnen, daß, während sich früher im Volke das Interesse ausschließlich auf das Landrecht bezogen, es nun in wachendem Maße sich auf die Marine erwidert hat. Das kommt natürlich auch der Regierung ernstlich, mit weiteren Plänen hervorzugetreten, mit Plänen, die nach der Ansicht Mancher im Jahre 1898 nur deshalb zurückgestellt wurden, weil man der Meinung war, daß eine Verheerung im Reichstage dafür nicht zu finden sei. Wir waren ja in den ersten Jahren nach der Gründung des Reichs gewohnt, nur konservative Politik zu treiben, und ich erinnere mich noch sehr lebhaft der Gelegenheit, da zum ersten Male das Wort „Weltmacht“ fiel und wir von allen Seiten Proteste dagegen laut wurden. — Ich meine, wenn die Regierung uns freimüthig sagt, das Seeyenat kann nicht durchgeführt werden, dann können wir diese freimüthige Erklärung nur freudig begrüßen, und wenn sie hervorzugetreten ist aus der pflichtgemässen Erwägung der Interessen des Reichs, dann ist es selbstverständlich, daß sie erfolgen mußte.

Legt die Sache so, dann ist es nicht angemessen, mit dem Staatssekretär wegen seiner früheren Erklärungen zu badern. (Sehr richtig.) Nein, wir müssen hier vielfach dafür danken, wenn er mit dieser neuen Vorlage die Interessen des Reichs zu wahren befreit ist, und wir schätzen die Hoffnung daran, es möge ihm gelingen, mit demselben Schritte wie 1898, so auch dieses Mal die Flottenvermehrung herbeizuführen. (Beifall.) Wenn auch wirklich seit dem Jahre 1898 keine Veränderungen der Weltlage eingetreten sind, so muß ich doch hinweisen auf den spanisch-amerikanischen Krieg und auf den Krieg zwischen England und den Boeren. Der spanisch-amerikanische Krieg, mit dem Amerika in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten ist, und der englische Krieg, der vom Jahre 1898 bis 1902 unter der Mitwirkung aller Kulturvölker (Sehr wahr!), sie drängen den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß, wie Graf Helldorff bereits einmal geäußert hat, die Reibungsflächen gegenüber früheren Zeiten sich sehr stark vermehrt haben, und daß wir insbesondere nicht reduzieren müssen, daß bei dem Streit um die an der Handlung des Reichs leichter freierzügige Entwürfen, die uns in Mitleidenschaft ziehen, entstehen können als ehe, und daß wir dafür gerüstet sein müssen. Wir haben doch auch seit der Verabschiedung des Gelethes von 1898 recht empfindliche Lehren bekommen, die uns daran hinweisen sollten, daß allerdings der Appell an die Opferwilligkeit der deutschen Nation angebracht ist, wenn es sich um eine neue Schiffe handelt. Ich verweise kurz auf die Vorgänge vor Manila und Samoa. Sie haben eine deutliche Sprache geredet und weite Kreise des Volkes von der Notwendigkeit neuer Schiffe überzeugt. Dazu kommt die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch England. Wir haben bei der eingehenden Begründung der Unterpektion durch meinen Freund Müller gesehen, welche Proteste sich dagegen erhoben. Es hat uns namentlich die Einmüthigkeit des deutschen Reichstags gefreut, in der sich namentlich auch die Sozialdemokratie, wohl zum ersten Male, einer derartigen Aktion, wenn auch nicht angeschlossen, so doch freundlich gegenübergestellt hat. Aber mit derartigen Unterpektionen läßt man doch nur recht faule, wenn man nicht die Mittel besitzt, um ihnen nach außen hin den wünschigen Widerstand zu geben. Wir sind der Ansicht, die allgemeine politische Lage weist uns darauf hin, daß wir stark sein müssen zur See, so stark, daß auch die kräftigste Macht des Risiko bei einem Angriff bedenklich muß. Nun hat die Regierung uns ja auch eine Hilfe neuen Materials in der Druckschrift über die deutschen Seematerialien vorgelegt und ansehnliche Zahlen angegeben über die Zunahme des deutschen Außenhandels, des Seehandels, der Meereisen, des im Ausland angelegten deutschen Kapitals n. s. w. Die Behauptung, daß dieses Material schon für die Druckschrift zu der Flottenvorlage von 1898 benutzt werden sei, ist unrichtig. Die Druckschrift von 1898 hat nur die Entwicklung umfassen können bis zum Abschluß des Jahres 1896. Die neue Druckschrift hat dagegen gerade die Vorgänge der Jahre 1897/98 und theilweise auch die des Jahres 1899 berücksichtigt. Das Bild, das uns diese Druckschrift entrollt von der Entwicklung der deutschen Exportindustrie, von der Entwicklung des deutschen Seehandels, unserer Meereisen und der deutschen überseeischen Expedition, ist ein so aluzendes, daß es uns alle mit hoher Freude erfüllen muß. Nach der Druckschrift steht Deutschland in der Entwicklung des Seehandels an erster Stelle; England und Frankreich haben in der Steigerung ihres Seehandels nur halb so stark zugenommen, wie Deutschland. Das ist in der That das Bild einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie selten einem Volke beschieden war. Die Druckschrift zieht auch die Bevölkerungszunahme Deutschlands in Betracht. Wir haben darin Aufhand überflügelt und sind den meisten anderen Staaten überlegen. Diese Bevölkerungszunahme ist ein Bild der Gesundheit unseres Volkes. Die Auswanderung bei uns ist erheblich zurückgegangen, und da möchte ich gerade Herrn Frohne gegenüber betonen, wenn sich ein so erheblicher Rückgang der Auswanderung bemerkbar macht, dann müssen sich doch die Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter nicht so ganz schlecht fühlen im deutschen Vaterlande, sonst würden sie doch den Stand von ihren Hängen geschickt haben. (Sehr wahr!) Man hat gesagt, was die Bevölkerungszunahme mit der Flotte zu thun habe. Der Zusammenhang ist aber doch ganz unverkennbar. Die Bevölkerungszunahme macht es uns zur Notwendigkeit, jährlich im Durchschnitt 8-10 000 Menschen mehr zu ernähren. Diese Ernährung kann aber auf die Dauer nur bei



### Eine falsche Parallele.

**SRA.** Außer den offenen gibt es auch versteckte Flottengegner, welche ihre Abneigung gegen die Marinepolitik Kaiser Wilhelm's II. nur auf Umwegen und durch die Blume andeuten. Von dieser Seite wird u. a. auch der bisherige Verlauf des Feldzuges in Südafrika für ihre Zwecke zu verwerthen gesucht, und zwar folgert sie aus dem Mißgeschick der englischen Waffen, daß die englische Welt handelspolitik der letzte Grund der gegenwärtigen Verlegenheiten Großbritanniens sei, daß Handel und Industrie die Nation erschläft hätten — um daraus die Nutzenwendung zu ziehen, daß Deutschland ebenfalls den Akt abzugeben würde, auf welchem es steht, wenn es, dem englischen Beispiele folgend, seine Zukunft auf dem Wasser, statt auf dem festen Boden unter seinen Füßen suche. Beim ersten Blick hat diese Darlegung manches für sich, vor einer eingehenderen Prüfung aber hält sie dennoch nicht Stand.

Thatsache ist, daß die britische Politik im Verfolg ihrer südafrikanischen Pläne auf bedeutendere Schwierigkeiten gestoßen ist, als selbst die kühnsten Opponenten der Regierung für möglich gehalten hätten. Allein es verräth doch mehr Willkür als Logik, für das bisherige Fiasko des südafrikanischen Feldzuges die gesammte Entwicklung des britischen Staatswesens verantwortlich machen zu wollen. Freilich, hätte England sich hübsch gehütet, Weltmacht zu werden, dann hätte es auch am Kap nicht festen Fuß gefaßt; und hätte es seine Machtstellung am Kap nicht fest etabliert gehabt, so wäre ihm auch die Verfolgung erspart geblieben, auf jener Grundlage weiter zu bauen. Auf deutsche Verhältnisse angewendet, käme die Lehre des englischen Mißgeschicks in Südafrika etwa auf die Mahnung heraus: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“, denn wer leichtsinnig mit tausend Maschinen auf das hohe Meer der Weltpolitik schiffet, der kann froh sein, wenn er später still auf gerettetem Kahn in den Hafen treibt.

In derartigen Raisonnements steckt genau ein eben solches Maß von engherzigem Spießbürgerthum, als in den doktrinären Thesen, womit vor einem Menschenalter die preussische Fortschrittspartei sich der Armeereorganisation weiland König Wilhelm's I. entgegenstemmte. Nach dem Dasturhalten eines selbstzufriedenen philiströsen Quietismus lebte es sich ja in den damaligen Verhältnissen kleinbürgerlichen Gepräges für genügsame Diogenesnaturen recht behaglich. Wozu sich denn Gemüth des Augenblicks durch Spekulationen bezüglich der historischen Einbindung Preussens verberben? Weg mit dem preussischen Großmachtsziel und seiner Frucht, der Armeereorganisation! Und heute? Heute wird von den Gegnern der maritimen Entwicklung derselbe Faden, nur in einer anderen Nummer, gepoppelt. Nehmt auch das abschreckende Beispiel Englands zu Herzen — heißt es! Hätte England seine Entwicklung nicht einseitig auf das industrielle, kommerzielle und maritime Gebiet verlegt und seine Militäreinrichtungen völlig nebensächlich behandelt, so wären ihm seine heutigen Verlegenheiten erspart geblieben. Dieser Idengang beweist zu viel, mithin beweist er gar nichts. Wahr ist daran nur, daß sich England auf sein südafrikanisches Unternehmen sehr mangelhaft vorbereitet hat. Bewiesen soll aber erst noch werden, daß England nach Lage seiner Verhältnisse völliig außer Stand gewesen bzw. noch jetzt außer Stande wäre, seine Vorbereitungen so zu treffen, um nicht schließlich doch noch zu triumphieren. Ganz verkehrt aber ist es, die jetzige Phase der englischen Südafrikapolitik zu einem mone tokel für Deutschland zu erklären. Will man aus den südafrikanischen Vorgängen durchaus eine Lehre für unser Reich und Volk ableiten, so kann dieselbe logischer Weise nur die Argumente zu Gunsten eines möglichst raschen, nachhaltigen und consequenten Ausbaues unserer maritimen Beherrschung verstärken helfen. Wie England in erster Linie eine Seemacht, so ist Deutschland wesentlich eine Landmacht. Englands maritime Qualitäten entbinden es aber ebensowenig von der Pflicht, zu Lande so stark zu sein, als seine Interessen am festen Lande dies erheischen, wie umgekehrt Deutschland es ohne die Gefahr einer Einbuße seiner gesammten überseeischen Interessensphären wagen dürfte, seine Kriegsstärke verkommen zu lassen. Wie schwer Unterlassungssünden der gedachten Art beim Eintritt kritischer Wendungen ins Gewicht fallen, das erleben die Engländer eben jetzt in längst veralteten Formen und Dimensionen steden gebliebenen Heeresverfassung. Und uns Deutschen würde es eines Tages wohl nicht anders ergehen, wenn wir unsere Flotte ähnlich vernachlässigen wollten, wie England sein Landheer vernachlässigt hat. Ein günstiges Schicksal fügt es, daß wir noch Zeit haben — wie lange weiß freilich Niemand — der Unzulänglichkeit unserer maritimen Beherrschung schrittweise abzuhelfen. Dieser Günst des Schicksals sollte unser Volk Dank wissen, und sollte sich wie ein Mann um das Panier der Kaiserlichen Flottenpolitik schaaren. Wenn uns, um

mit den eigensten Worten des Kaisers zu reden, eine starke Flotte bitter noth thut, so thut uns völlig ebenso bitter noth die Zurückstellung aller Parteinteressen und die Herstellung eines einmüthigen Volkswillens, bezüglich unserer Flotte nicht in denselben Fehler zu verfallen, den England sich bezüglich seiner Heeresverfassung hat zu Schulden kommen lassen.

### Ueber Maßnahmen gegen das Zigeunerwesen

**SRA.** Die schon seit Jahren laut gewordenen Klagen über Verhältnisse durch umherziehende Zigeuner, namentlich durch die in Horden reisenden, und über die von denselben begangenen Gesetzesübertretungen haben sich in neuerer Zeit wieder vermehrt. Um diesem Unwesen nach Thunlichkeit zu steuern, haben die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten Vereinbarungen getroffen, welche die mögliche Fernhaltung der Zigeuner aus dem Reich und den einzelnen Staaten und die Verhinderung ihres die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedrohenden Gebahrens bezwecken. Insbesondere wurde Anordnung getroffen, daß ausländische Zigeuner, und zwar einzeln, ob sie in Horden reisen oder nicht, der Uebertritt ins Reichsgebiet verweigert wird; wenn es ihnen trotzdem gelungen ist, die Grenze zu überschreiten, sind sie im Wege des Zwangstransportes wieder auszuweisen. Bezüglich der sogenannten inländischen Zigeuner, d. h. derjenigen, welche im Reichsgebiete ihren dauernden Aufenthalt genommen haben und unter zeitweiser Verlassen ihres regelmäßigen Wohnortes gemeinschaftlich in größerer Zahl in Deutschland umherzuziehen pflegen, ist ebenfalls ein verschärftes Vorgehen, und zwar in der Richtung vereinbart, daß durch Ergreifung der gegen jeden Einzelnen zulässigen Maßregeln auf eine Auflösung derartigen sicherheitsgefährlicher Banden und ferner darauf hingewirkt werden soll, daß deren Mitglieder sich einer schäblichen Lebensweise zuwenden. Behufs einer wirksamen Vollziehung dieser Bestimmungen hat das badische Ministerium des Innern wiederholt eingehende Weisungen an die Bezirksämter ergehen lassen. Horden, welche von einem andern Staate aus der Landesgrenze sich nähern, sind an der Ueberquerung derselben zu hindern, falls sie aber innerhalb des Großherzogthums angetroffen werden, nicht bloß zu trennen, sondern es ist auch deren Bestrafung und beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen (Handtreue, Bettel, Nachtbeschädigung eines Untertommens etc.) ihre Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und Verbringung in das polizeiliche Arbeitshaus herbeizuführen; die letzteren Maßregeln werden von den Zigeunern besonders gefürchtet und dürfen ihre abschreckende Wirkung nicht verfehlen. Zum Zweck einer genaueren Kontrolle über die Zigeuner sind die Erhebungen über Persönlichkeit und Staatsangehörigkeit der einzelnen Mitglieder von Zigeunerbanden, sowie die Feststellung, ob und welche Ausweise dieselben besitzen, jeweils mit besonderer Sorgfalt vorzunehmen. Um die Herbeiführung dieser polizeilichen Maßregeln in umfassendem Maße zu ermöglichen, sind die Ortspolizeibehörden angewiesen, in Horden reisende Zigeuner jeweils den Aemtern zuführen zu lassen und hierzu nöthigenfalls auf dem kürzesten Wege die Unterstützung der Gendarmen in Anspruch zu nehmen; ebenso hat die Gendarmerie auch von sich aus auf ihren Patrouillen sich über das Vorhandensein solcher Horden zu verlässigen und gegebenen Falls selbst zu deren Vorführung vor das Amt zu strecken. In gleicher Weise hat diese Vorführung zu erfolgen, wenn einzelne, nicht in Horden reisende Zigeuner eine strafbare Handlung begangen haben, wegen deren nicht schon die Vorführung vor das Amtsgericht geboten ist. Insbesondere haben die Ortspolizeibehörden und die Gendarmen sich jeweils genau darüber zu verlässigen, ob nicht etwa Zigeuner unter dem Vorwand der Ausübung eines Wandergewerbes oder unter dem Vorgeben, Nahrungsmittel kaufen zu wollen, betteln oder sonstige Gesetzesübertretungen begehen. Dabei haben die genannten Organe stets von Amtswegen und ohne jeweilige besondere Aufforderung vorzugehen, da in den besonders gefährdeten abgelegenen Orten vielfach die Bevölkerung aus Furcht vor den sie sehr häufig durch Betteln, Wahrsagen, Kartenspielen etc. brandschlagenden Zigeunern Anzeln unterläßt. Was ferner die Ertheilung von Wandergewerbebescheinen betrifft, so dürfen solche an ausländische Zigeuner nie und an die inländischen nur dann ausgestellt werden, wenn sie im Reichsgebiet einen festen Wohnsitz haben und wenn sie ferner den Nachweis erbringen, daß für den Unterhalt und Unterricht ihrer Kinder genügend gesorgt ist; als genügende Vorfrage für den Unterricht der Kinder kann dabei nicht angesehen werden, wenn dieselben im Herumziehen an dem jeweiligen Aufenthaltsort in die Schule geschickt werden; nöthigenfalls ist gegen solche Kinder das Zwangsverziehungsverfahren einzuleiten. Auch sind die Aemter angewiesen, in Fällen, in denen von Behörden anderer Bundesstaaten an Zigeuner ausgestellte Wandergewerbebescheine sich auf Grund der amtlichen Erhebungen nachträglich als auf falscher Grundlage beruhend herausstellen, stets mit den Ausstellungsbehörden in Verhandlungen zu treten, und gegebenenfalls die Zurücknahme der Wandergewerbebescheine herbeizuführen.

**SRA.** Bei dem badischen Verwaltungsgerichtshof sind i. J. 1899 119 Fälle anhängig geworden, u. zw. 31 Berufungen bzw. Beschwerden gegen Entscheidungen der Bezirksräthe und

88 Klagen in Sachen, in denen der Verwaltungsgerichtshof in erster und letzter Instanz erkennt.

Vom Jahre 1898 waren auf das verfloßene Jahr übergegangen: 27 Fälle.

Von diesen 146 Fällen wurden 124 Fälle erledigt, und zwar 86 durch Urtheil, 6 durch Unzulässigkeitsklärung und 32 durch Vergleich, Verzicht und Beruhlassen. Unerledigt gingen 22 Fälle auf das Jahr 1900 über.

Von den 124 erledigten Fällen gehören dem Geschäftskreis des Ministeriums des Innern 36, des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts 8 und demjenigen der Finanzen 26 Fälle an.

Von den erledigten Fällen waren 27 Klagen gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörden in Krankenversicherungssachen und 4 sonstige Krankenversicherungssachen, 6 Streitigkeiten im Armenwesen, 26 Prozesse über Staatsabgaben, 4 Klagen über angefochtene Gemeindevorwahlen, 3 Streitigkeiten über Bürgergenuß und sonstige Ansprüche an die Gemeinde und 7 solche über Beiträge zu Straßenkosten. Wegen polizeiliche Verfügungen des Bezirksämter und Bezirksräthe wurden 23 Klagen erhoben.

Im Jahre 1898 hatte die Zahl der vom Verwaltungsgerichtshof erledigten Fälle 102 betragen.

Von den Bezirksräthen als Verwaltungsgerichten erster Instanz wurden im abgelaufenen Jahr 71 Fälle — gegen 84 im Jahre 1898 — erledigt, wovon auf die Amtsbezirke Mannheim 8, Karlsruhe und Waldshut je 6, Pforzheim, Offenburg und Bruch je 4, Bühl und Buchen je 3 entfielen.

**SRA.** Nach den Bestimmungen des Art. 3 des italienischen Gesetzes vom 27. Mai 1875 beziehungsweise des durch Verordnung vom 11. Juni 1885 genehmigten Reglements, deren genaue Durchführung der Minister des öffentlichen Unterrichts den in Betracht kommenden Behörden neuerdings eingeschärft hat, dürfen nur die nachstehend bezeichneten Fremden die Vergünstigung des unentgeltlichen Zutritts zu den italienischen Kunststätten erhalten:

1. Künstler, 2. Diejenigen, welche ein mit den bildenden Künsten (Malerei, Skulptur und Architektur) in Zusammenhang stehendes Gewerbe ausüben, 3. Die Professoren und Studenten der in Italien bestehenden fremden archäologischen Institute.

Dieselben haben die Berechtigung zur Nachscheidung der erwähnten Vergünstigung in folgender Weise darzutun:

1. Künstler müssen ein Attest eines fremden im Königreich befindlichen Kunstinstituts oder an Stelle dessen eine Bescheinigung des betreffenden Konsuls vorlegen, aus der hervorgeht, welches Diplom der Nachsichende, sei es von einer Akademie, sei es von einem anderen auswärtigen Institut erworben hat, oder aus welcher andern Quelle der Betreffende das Recht hat, sich „Künstler“ zu nennen;

2. Diejenigen, welche ein mit den bildenden Künsten (Malerei, Skulptur und Architektur) in Zusammenhang stehendes Gewerbe ausüben, müssen ein Attest des Direktors eines unter staatlicher Aufsicht stehenden Instituts oder ein anderes von einem öffentlichen Beamten ausgestelltes Attest vorlegen, aus welchem hervorgeht, daß sie ein jener Gewerbe wirklich ausüben. Zu ihnen gehören auch Photographen; jedoch sind diese nur dann zuzulassen, wenn sie ihre Kunst ausüben, das heißt Photographien aufnehmen wollen;

3. Die Professoren und Studenten der in Italien bestehenden fremden archäologischen Institute müssen ein von dem Vorsteher ihres Instituts ausgestelltes Attest vorlegen.

Diejenigen, welche zu einer der im Artikel 3 des Gesetzes vom 27. Mai 1875 genannten Kategorien gehören und die durch das erwähnte Reglement für die Befreiung von der Eintrittsgebühr vorgeschriebenen Anforderungen entsprechen, haben sich mit ihrem Gesuche an jede einzelne Direktion der Institute, Ausgrabungsstätten und Denkmäler, welche sie besuchen wollen, zu wenden.

Die bisher ausgegebenen Freikarten sind ungültig. Das Ministerium des öffentlichen Unterrichts wird diese Karten nur für diejenigen erneuern, die nach den Bestimmungen des letzten Absatzes des Artikels 9 Lit. G des angeführten Reglements darauf Anspruch haben.

Außerdem verlieren ihre Gültigkeit sämtliche zum freien Besuche der Museen, Galerien, Ausgrabungsstätten und Nationaldenkmäler Roms oder der Provinz Rom bisher ausgestellten Freikarten: die neuen, nur in genauer Uebereinstimmung mit dem Gesetz ausgegebenen Eintrittskarten dürfen nicht mehr wie bisher von den Direktionen der Kunst- und archäologischen Institute aus eigener Nachvollkommenheit ausgestellt werden, sondern die bezüglichen Gesuche müssen, mit den erforderlichen Dokumenten versehen, zunächst dem Ministerium vorgelegt werden, wo die Eintrittskarten von dem Minister selbst vollzogen werden.

Den im Großherzogthum Baden wohnhaften Künstlern wird ihre Eigenschaft als solche von der Groß. Direktion der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe bescheinigt. Die Ausstellung der Bescheinigung erfolgt nur dann, wenn der Nachsichende der Direktion der Akademie als Künstler von Beruf bekannt ist oder sich als solcher durch Vorlegung seiner künstlerischen Leistungen besonders ausweist. In allen übrigen Fällen wird der Zweck, dem sie dienen sollen, angegeben. Unter Vorlegung der Bescheinigung des Konsuls hat der Künstler unmittelbar bei dem Direktor einer der Sammlungen in Italien, die er besuchen will, um die Ausstellung einer Freikarte nachzusuchen. Zu dem Gesuche ist ein Stempelbogen zu 60 Centesimi zu verwenden. Von dem Direktor der Sammlung wird dem Künstler sodann eine auf seine Person lautende Karte ausgestellt, welche wieder benutzt werden kann, um von einem anderen Direktor eine gleiche Karte zum kostenfreien Besuche der von ihm verwalteten Kunstanstalt zu erlangen.

Mit Gesuchen um Erlangung der Erlaubnis zum Kopiren von Bildern ist ähnlich zu verfahren.